

MINISTERPRÄSIDENT UND LAND MÜSSEN GEGEN INFECTIOUS DISEASES ACT VORGEHEN

erschienen am 22. April 2021

[corona](#), [Reiner Haseloff](#),
[Verfassungsgericht](#)

MdB Faber: „Klagen müssen!“

Magdeburg (FDP). Das Infektionsschutzgesetz hat gestern den Bundestag passiert. Auch mit SPD- und CDU- und SPD-Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt. Ministerpräsident Reiner Haseloff äußerte Zweifel an dem Gesetz, kündigte aber an, dass das Land das Vorhaben im Bundesrat unterstützen wird. Die FDP fordert, dass die Landesregierung sich an dem Gang der FDP vor das Bundesverfassungsgericht zu beteiligen.

Die Landesmedien geäußerte Sorge des Ministerpräsidenten an

dem Gesetz. Die Umsetzung sollte vor Ort angepasst erfolgen und nicht durch Bundesminister. FDP-Spitzenkandidatin Lydia Hüskens. Man müsse sich aber wundern, dass man im Land, stimme in Berlin aber zu. Verantwortungsvoller Umgang mit dem Virus.

Über 50 Bundestagsabgeordnete haben bereits Verfassungsbeschwerde gegen das Impfschutzgesetz eingereicht. Auch der FDP-Landesvorsitzende Marcus Faber: „Ich lade den Ministerpräsidenten ein, sich daran zu beteiligen,“ so der FDP-Politiker aus Stendal. Wenn man die Mittel ausschöpfen müsse auch rechtliche Mittel ausschöpfen. „Klagen ist besser als nichts tun,“ so Faber. Auch könne die bisherige Landesregierung prüfen, ob sie in Karlsruhe dagegen vorgehen.

FDP Sachsen-Anhalt zur Corona-Politik der bisherigen Landesregierung

Heute wir im Landtag die „Bewältigung der Corona-Pandemie“ diskutiert. Sei der Begriff „Bewältigung“ falsch, so die FDP. Es müsse um „Schockstarre in der Pandemie“. „Die bisherige Landesregierung hat, zu einseitig, zu wenig konzeptionell reagiert,“ so Hüskens. Die Strategie eine Richtung: Lockdown. Gepaart mit zu später Öffnung der Wirtschaft und der zögerlichen Impfkampagne. Eine echte Strategie sei es nicht.

Nach Ansicht der FDP-Spitzenkandidatin Hüskens gebe es Konzepte, die sich an dem Risiko auf der einen Seite und den Interessen der Gesellschaft auf der anderen orientiere. Als Beispiel die Schließung der Außengastronomie und kultureller Einrichtungen, um das Risiko zu reduzieren oder für Geimpfte.